

## Nach den Katastrophen

### Entwicklungsstand und Perspektiven der deutschen Zeitgeschichtsforschung von Ulrich Herbert

*Vortrag zur Feier des 75. Gründungstags des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte  
in Münster am 18.*

März 2004

#### 1. Vergangenheit

Eine der bekanntesten Definitionen von dem, was denn Zeitgeschichte sei, lautet: „Geschichte, die noch qualmt“. Ein schönes Bild. Nicht: Geschichte, die noch warm ist; oder Geschichte, die noch lebt; sondern: Sie qualmt. Da muß sie vorher in Schutt und Asche gelegt worden sein, und genau das ist gemeint. Das Bild ist für die deutsche Zeitgeschichte also besonders gut geeignet. Der Gegenstand der Zeitgeschichte ist in diesem Land die Geschichte nach der Katastrophe.

Die Disziplin der auch so genannten Zeitgeschichte hat sich, wie wir mittlerweile von Beer und anderen wissen, in Deutschland nicht erst nach dem Zweiten, sondern nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt; das trifft ähnlich für die meisten westeuropäischen Länder zu. In den USA liegt der Geburtspunkt der modern history etwas früher, schon weil es hier an premodern history bekanntlicherweise eher mangelte. Vor allem die Sklaverei und der Bürgerkrieg waren die Ereignisse, die in den USA bereits nach kurzer Zeit nach historischer Vergegenwärtigung verlangten. Und betrachtet man die deutsche Historiographie, zumal die preußisch-deutsche, so wird man die - auf die kleindeutsche Nationalstaatsgründung von 1871 hinzielende und von ihr ausstrahlende - reichsdeutsche Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts berücksichtigen müssen, die den Anfang einer professionalisierten geschichtswissenschaftlichen, methodisch kontrollierten Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit bedeutete.

Das tat übrigens ihrer unbedingten Parteilichkeit nicht den geringsten Abbruch. Man wird den größten Teil der Reichsgründungshistoriographie gewiß als angestrebten Versuch erkennen können, ein legitimierendes Narrativ für den in sich heterogenen und ersichtlich recht künstlichen Nationalstaat zu schaffen, wie es dem Bedürfnis aller jungen Nationalstaaten entsprach, sich eine möglichst lange Tradition zuzulegen und zu diesem Zweck die gesamte Geschichte bis dahin als Vorgeschichte eben dieser Nationalstaatsgründung zu interpretieren. Die moderne Geschichtswissenschaft ist ein Kind der modernen Nationalstaaten und von ihren Bedürfnissen und Denkweisen durchtränkt. Das gilt um so mehr für die Zeitgeschichte. Der heiße Wunsch nach Legitimation war es auch, der nach dem Ersten Weltkrieg die deutsche Zeitgeschichte neu und nun auch unter diesem Namen konstituierte. Der Begriff an

sich ist ja wenig einleuchtend, man stelle sich eine Geschichte ohne Zeit vor. Gemeint war: die Jetztzeit, die Geschichte der noch Lebenden. Und wie lange der Erste Weltkrieg als Jetztzeit, als Vorgeschichte der Gegenwart, begriffen wurde, mag man daran ersehen, daß er bis in die 1980er Jahre zur „Zeitgeschichte“ gerechnet wurde.

Die Bedeutung der historischen Interpretation der gerade vergangenen Gegenwart im internationalen politischen Kontext war noch nie so deutlich hervorgetreten wie nach 1918; und es mag durchaus für die Naivität der deutschen Delegation in Versailles sprechen, daß sie, als Polen und Franzosen historische Karten über die Entwicklung der Bevölkerungsbewegungen in den umstrittenen Grenzregionen vorlegten, derartiges nicht zu bieten hatten. Man verfügte zwar über gut gefüllte Arsenalen mit gegenwartsbezogenen Karten, aber die waren vorwiegend militärischer Art. Hier aber ging es um die historische Legitimation von Gebietsansprüchen. Man mußte erst in Berlin bei Professor Meinecke anrufen, der nach längerer Verzögerung einige handgezeichnete Skizzen über den Siedlungsraum der Deutschen vorlegen konnte. Hier zeigt sich dreierlei: Zum einen war die Interpretation der jüngsten Vergangenheit zur Grundlage des politischen Handelns bei der Neugestaltung Europas geworden. Zum zweiten war es der Bezug auf die wissenschaftliche Interpretation, der im Zuge der Durchsetzung des Wissenschaftlichkeitspostulats bei der Begründung von Politik die entscheidende Bedeutung bekam; um Wahrheit sollte es gehen, nicht um Meinung. Und drittens realisierten die Deutschen, daß sie in dieser Hinsicht offenbar ein Nachholbedürfnis hatten. Das sollte nun ausgeglichen werden.

Der Vorwurf der Alliierten, die Deutschen hätten den Ersten Weltkrieg schuldhaft entfesselt, und der daraus entworfene Kriegsschuldparagraph wurde denn auch als größte symbolische Schmach, die Deutschland im Versailler Vertragswerk angetan wurde, betrachtet – natürlich vor allem in Deutschland, aber auch in Großbritannien, wo sich rasch eine kritische Diskussion über diesen Paragraphen entwickelte, der ja zunächst eher reparationspolitische Interessen der Alliierten hatte kaschieren sollen. In Deutschland war die Historikerzunft ebenso sehr wie die Öffentlichkeit erschüttert über diesen Vorwurf; und die vielfältigen Versuche, ihn wissenschaftlich zu widerlegen, können als Geburtsstunde der modernen deutschen Zeitgeschichte apostrophiert werden. Das bezog sich zum einen auf die Frage der deutschen Kriegsschuld und ihre Widerlegung, aber auch auf die Vorwürfe wegen der brutalen Kriegsführung der Deutschen im Westen, etwa gegenüber der belgischen Zivilbevölkerung. Zum anderen richtete sich das Interesse deutscher Historiker zunehmend auf die Wohngebiete deutscher Minderheiten in den europäischen Nachbarstaaten, um aus der

jüngeren und älteren Geschichte heraus zu belegen, daß es sich hier schon seit langem oder gar seit jeher um deutsches Siedlungsgebiet gehandelt habe.

Auffällig ist dabei, das haben die Forschungen von Willi Oberkrome und anderen in den vergangenen Jahren sehr deutlich gezeigt, daß sich solche Untersuchungen mit den herkömmlichen Methoden der Geschichte der Haupt- und Staatsaktionen allein nicht bewerkstelligen ließen. Wo es nicht allein Staaten oder Dynastien waren, die agierten, sondern wo es auf Siedlung, Migrationen, Kultur, Sprachräume ankam, mußten sich auch die methodischen Instrumente verändern – hin zu neuen Formen der Volksgeschichte, die wir in manchem durchaus als Vorgeschichte der neueren Sozialgeschichte erkennen können.

Dahinter stand der Versuch, die historische Legitimität der neuen, in den Pariser Vorortverträgen entworfenen Territorialstruktur Europas zu erschüttern und deutsche Revisionsansprüche zu untermauern. Das bezog sich durchaus auch auf Gebiete mit nicht deutscher Bevölkerung in Regionen, die nun als alter deutscher Kulturraum apostrophiert wurden. Das setzte sich nach 1933 fort, als viele der methodisch innovativen Volksforscher den politischen Kategorien und Optionen der NS-Regierung näher standen als jene nationalkonservativen Traditionalisten, die weiter in den Begriffen von Nation, Staat und Obrigkeit dachten und schrieben, nicht denen von Volkstum, Rasse und Führer.

Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderten sich diese Ausgangspunkte drastisch. Zwar gab es mit Personen wie Rothfels, Schieder und Conze oder auch Aubin Historiker, die eine direkte Brücke zwischen der Zeitgeschichte vor und nach 1945 bildeten. Aber mit dem Begriff verband sich doch bald etwas ganz anderes. Zeitgeschichte wurde mit der parallelen Gründung des Münchner Instituts für die Erforschung des Nationalsozialismus, später Institut für Zeitgeschichte, und der Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“, heute Forschungsstelle für Zeitgeschichte, vor allem Geschichte des Dritten Reiches. Deren Aufgabe bestand in der Klärung der Voraussetzungen und Verlaufsformen der Katastrophe, ob man die nun 1933, 1939, 1941 oder 1945 ansetzen mochte.

Damit gewann sie von Beginn an eine oppositionelle, gegen den Mainstream von Zunft und Öffentlichkeit gerichtete Note und wurde in den während der 50er Jahre kulturell vielfach noch dominierenden „nationalen Kreisen“ als Umerziehungswissenschaft geschmäht. Das hat sie bis heute geprägt. Die Disziplin stand am Rande der Historikerzunft, in der Mittelalter, frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert mit einem deutlichen Bismarck-Schwerpunkt dominierten. Zudem wurde Zeitgeschichte auch und vor allem von Politologen betrieben,

deren berühmtester Hans Dietrich Bracher war – auch er lange Jahre ein linksliberaler Außenseiter; denn bei den richtigen Historikern hielt man derartiges für Journalismus.

Diese Wendung der Zeitgeschichte von einer Legitimations- zu einer Kritikwissenschaft war nicht so selbstverständlich, wie man von heute denken mag. Daß sich die Zeitgeschichtspraxis auf die NS-Zeit konzentrierte – auch die Beschäftigung mit Weimar stand unter der Frage nach ihrem Untergang – und nicht auf die zu dieser Zeit dominierenden kulturellen Schlachten des Kalten Krieges, in dem es vor allem um die Delegitimation der Sowjetunion und der SBZ ging, war doch ein bemerkenswerter Vorgang. Ein Blick auf die Entwicklung der benachbarten „Ostforschung“, das sich in vieler Hinsicht als Cold-warscience etablierte und sich enger Kooperationen mit dem Amt Gehlen, dem Bundesministerium für Vertriebene und den Vertriebenenverbänden erfreute, zeigt, welche Alternativen es auch gegeben hätte.

Im Frankfurter Auschwitz-Prozeß wurde die neue Disziplin dann erstmals über den Kreis der Fachleute hinaus wahrgenommen, als die Historiker des Instituts für Zeitgeschichte in großen Gutachten den historischen Kontext der bei dem Prozeß verhandelten Verbrechen thematisierten und damit gleichzeitig die Grundlegung einer Geschichte der Verbrechen der NS-Zeit schufen, die in vielem bis heute nichts an Wert verloren hat.

Zeithistorische Gutachten als Beweismittel vor Gericht - damit war erneut die Zusammenführung von historisch-politischer Brisanz und wissenschaftlicher Reputation sichtbar geworden. Der Aufstieg der Zeitgeschichte seit den 1960er Jahren hat vor allem damit zu tun, daß hier die schwierigen und in der öffentlichen Debatte hochgradig umstrittenen Fragen in einer Weise behandelt wurden, die den Anspruch auf wissenschaftliche Richtigkeit erhob und der damit eine Wahrheits-Autorität zufiel, die ihr einen Rang als Schiedsrichterin in den Erinnerungs-Konkurrenzen zuteilte.

Nicolas Berg hat in seinem derzeit viel diskutierten Buch über den „Holocaust und die westdeutschen Historiker“ gezeigt, wie stark die Einbindung in das kulturelle Gedächtnis auch den Blick auch der deutschen Zeithistoriker geprägt hat; und natürlich wissen wir auch aus anderen Zusammenhängen, in welchem Ausmaß mit Zeitgeschichte Politik betrieben wird. Das Buch von Jörg Friedrichs über die Bombardierungen deutscher Städte ist ein solcher Fall, in dem nun umgekehrt mit dem Pathos der Wissenschaftlichkeit auf die Leiden der deutschen Bevölkerung hingewiesen wird. Ihren Höhepunkt hatte diese Entwicklung aber in den 70er bis Mitte 80er Jahren erreicht. Denn mittlerweile hatte man erkannt, daß der Kampf um die Deutungshoheit der jüngsten Vergangenheit, und das bedeutete vor allem: der NS-Zeit, auch über die kulturelle Hegemonie in diesem Land insgesamt mitentschied.

Hier war zum einen die Arbeit der ostdeutschen Historiker zu spüren, die auf diese Weise das Vermächtnis der deutschen Geschichte zu teilen versuchten: die Bundesrepublik als Erbin der Geschichte des Dritten Reichs, die DDR als Erbin des Widerstands gegen das Dritte Reich. Hier war die Zeitgeschichte ganz in der alten Tradition eine Legitimationswissenschaft, die aus der Interpretation der jüngsten Geschichte die jeweilige gesellschaftliche Gegenwart für richtig und legitim erklärte. Das gab es umgekehrt in der Bundesrepublik auch; aber hier begannen sich nun die Vorzeichen zu verändern: Die westdeutsche Gesellschaft hielt sich eine wissenschaftliche Zeitgeschichte, die die Vorgeschichte der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung durch die Erforschung der NS-Zeit ja tatsächlich delegitimierte; auf diese Weise aber die Identität der Bundesrepublik als offene Gesellschaft mit konstituierte. Hier entbrannten nun heftige, in heute teilweise kaum nachvollziehbarer Schärfe geführte Debatten um Hitler, die NS-Verbrechen, das Verhalten der Deutschen während der NS-Zeit, die Rolle der traditionellen Eliten, die Bedeutung und Zielsetzung des konservativen und des kommunistischen Widerstands und anderes. Diese Auseinandersetzungen mündeten schließlich in den Historikerstreit von 1986/87, in dem die politischen und generationellen Frontreihen medienwirksam aufeinander prallten. Es zeigte sich nun aber bald, daß sie ihre lagerbildende Kraft zu verlieren begannen und wohl auch die Aura der Wissenschaftlichkeit. Die öffentliche Bedeutung der Zeitgeschichte nahm gleichwohl nicht ab. Zum einen bekam sie mit dem Ende der sowjetisch dominierten Hemisphäre ein neues Aufgabenfeld zugewiesen, das insbesondere in der DDR-Forschung ein breites Tätigkeitsfeld offenlegte. Zum anderen aber, und das ist im Rückblick doch bemerkenswert, deuteten die großen Debatten der 90er Jahre – über Goldhagen, die Wehrmachtausstellung, das Buch von Finkelstein, über die Zwangsarbeiter-Entscheidung – an, daß sich die Selbstfindung auch der neuen, wiedervereinigten Bundesrepublik im Medium der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit vollzog – wozu es nach den ausländerfeindlichen Pogromen auch genügend Anlaß gab.

Die zeitgeschichtliche Disziplin erweiterte sich in diesen Jahren erheblich und gewann an Bedeutung. Zum einen setzten seit Beginn der 80er Jahre in großem Stile empirische Untersuchungen über die NS-Zeit ein, die die Kenntnisse vor allem über Entwicklung, Durchführung und Ausmaß der NS-Massenverbrechen auf eine ganz neue Stufe stellten. Wesentlich war dabei, daß dies nicht auf der Ebene der Zentralen Behörden verblieb, sondern auf die Regionen sowohl in den besetzten Gebieten wie des Deutschen Reiches selbst ausgeweitet wurde. Damit verloren die NS-Zeit und vor allem die NS-Verbrechen den Charakter der Ort- und Zeitlosigkeit, der sie lange Jahre geprägt hatte. Nicht mehr „im Osten“ hatte sich das zugetragen, sondern in Kaunas, Glubokoje oder Stanislau.

Damit verbunden war eine methodische Erweiterung. Was zunächst Alltagsgeschichte genannt wurde, war ursprünglich eine Wendung gegen die auf die Politikgeschichte der Zentralen reduzierten zeitgeschichtlichen Forschung. Dagegen setzte nun – eher von unten befeuert als von der historischen Profession gesteuert – ein Prozeß der Regionalisierung der Forschung ein. Deren ursprüngliches Ziel bestand zunächst vorwiegend in der genaueren Vergegenwärtigung der NS-Geschichte; bald aber auch anderer Themen, etwa der Geschichte der Arbeiterbewegung oder der deutschen Freiheitsbewegungen. Der Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte stand hierfür eine Reihe von Jahren im Mittelpunkt der methodischen Innovation, mit Themen wie der Geschichte des Wohnens, der Migration – und eben der Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus. Das traf auch in Teilen der Wissenschaft auf große Zustimmung, die sich daran machte, die alltagsgeschichtlichen Anstöße aufzunehmen und zu professionalisieren.

Hier lag, wie mir scheint, auch ein wichtiger Ansatz für die erneuerte zeitgeschichtliche Regionalforschung, die sich aus dem parochialen Krähwinkel von Heimatbewegung und Landeskunde herauslöste und zur modernen Kultur- und Sozialgeschichte der Regionen wandelte. Schon bald stellte sich heraus, daß dadurch die alte Trennung zwischen der Erforschung der Zentrale und der Provinz, zwischen Politik- und Volksgeschichte, obsolet wurde. Nahezu alle wichtigen thematischen und methodischen Innovationen der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte hatten regionalgeschichtliche Ausrichtungen; ich will einige nennen: das Projekt des Instituts für Zeitgeschichte unter Martin Broszat über Bayern in der NS-Zeit, das nun in so bemerkenswerter Weise unter der Leitung von Hans Woller für die Bundesrepublik fortgeführt wird; das Ruhrgebiets-Projekt von Lutz Niethammer, an dem ich selbst einige Jahre beteiligt war; das große Projekt des Münsteraner Instituts über Westfalen zwischen 1930 und 1960, welches als erstes sozialgeschichtliche regionale Langzeitstudien über die Epochengrenzen hinweg durchführte; schließlich die Arbeiten von Dieter Pohl, Thomas Sandkühler, Christian Gerlach und anderen über die NS-Politik in Galizien, Weißrußland und anderen von Deutschland besetzten Gebieten.

Auch die Gegenstände der zeitgeschichtlichen Forschung erweiterten sich. Natürlich hatte es auch vor 1989 schon eine Bundesrepublik-Forschung gegeben; einen Schwerpunkt bildete sie aber nicht. Große, die Öffentlichkeit bewegenden Debatten über die Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis 1989 fehlten. Selbst die – gewissermaßen vor der Forschung entstandenen – großen Gesamtdarstellungen zur westdeutschen Geschichte hatten es nicht vermocht, länger anhaltende und über den engen Spezialistenkreis hinausreichende Diskussionen über die Interpretation oder Bewertung dieser Epoche hervorzurufen.

Das lag nicht zuletzt daran, daß die Profession der deutschen Zeithistoriker es gewohnt war, vom schlechten Ende her zu denken und die Ursachen für die vielfältigen Katastrophen im vergangenen Jahrhundert dieses Landes zu erforschen. Der Erfolgsfall hingegen war nun ein Sonderweg, den auszumessen zumindest ungewohnt war. Vor allem aber stand die Beschäftigung mit der Geschichte der Bundesrepublik lange Jahre im Geruch des Gemeinschaftskundeunterrichts – wenn nicht gar der „Umerziehung“ - und kam arg graugesichtig daher; als Institutionenkunde, als Kanzlergeschichte, als Systemvergleich. Insbesondere wurde vielfach nicht klar, auf welche Fragen diese Bücher eigentlich antworteten.

## ***2. Gegenwart***

Durch die Wiedervereinigung von 1989/90 aber ist ein Fixpunkt entstanden, der die Entwicklung der "alten" Bundesrepublik von der ohne solche Brüche unendlich langen Gegenwart abtrennt und sie historisiert. Auf diese Weise begannen sich seit den frühen 90er Jahren nun auch übergreifende Fragestellungen in Bezug auf die Nachkriegsgeschichte herauszubilden, die die einzelnen Forschungsbeiträge miteinander verbanden und damit erst auch öffentlich diskutierbar machten.

Das war zunächst vor allem die Frage nach der Kontinuität vor und nach 1945. Diese Frage besteht aus zwei Schritten; der erste bezeichnet die Überraschung, zuweilen das ungläubige Entsetzen, wenn in Bezug auf Institutionen, Denkweisen, Mentalitäten; vor allem aber auf Personen solcherart Kontinuitäten aufgewiesen wurden. Das betraf Journalisten ebenso wie Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsboosse; und noch in jüngster Zeit haben Feststellungen über die jugendliche Parteimitgliedschaft prominenter Linksliberaler zu irritierenden Nachfragen geführt. Daß sich die Bundesrepublik nur sehr langsam aus solchen Bezügen gelöst hat, daß der Begriff vom Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, von dem also, was als verabscheuungswürdig gilt, über die Jahrzehnte beständig veränderte – und zwar erheblich erweiterte - gehört zu den Erkenntnissen aus dieser Phase zeitgeschichtlicher Forschung, die ja noch anhält. Damit verbunden war die Einsicht, daß postdiktatoriale Wandlungsprozesse in der politischen Kultur, zumal wenn sie rasant vonstatten gehen, nahezu unvermeidlich auch mit massivem Opportunismus verbunden sind, der in solchen Zusammenhängen ebenso verdammt wie als heilsame Kraft erkannt wurde.

Auf diese Weise aber drehte sich die Fragestellung um. Das ist der zweite Schritt. Nicht mehr die Verwunderung über das Ausmaß der Kontinuität stand im Vordergrund, sondern – angesichts der stark erweiterten Kenntnisse über Verbreitung und Einwurzelung

nationalsozialistischer und radikalnationalistischer Optionen in der deutschen Gesellschaft nach 1945, die Überraschung, welche erstaunliche Veränderungen hin zu mehr Demokratie, Liberalität und sozialem Ausgleich dieses Land in den 25 Jahren nach dem Kriege durchlief – und wie diese zu erklären sind.

Damit verbunden ist eine allgemeinere Entwicklung. Denn in den 1960er und 70er Jahren war das Interesse an Zeitgeschichte, an Geschichte generell, in West-Deutschland weit weniger ausgeprägt als in den 80er und 90er Jahren. Vielmehr überwogen Fragen der Gegenwart und Zukunft - Studentenrevolte, Reformpolitik, Ostpolitik, Vietnamkrieg, Terrorismus seien als Stichworte erwähnt. Als Leitwissenschaften jener Jahre können wir eher die Soziologie, mit etwas Abstand auch Erziehungswissenschaften und Politologie identifizieren. Demgegenüber setzte sich seit den 80er Jahren in Westdeutschland ein Primat der Vergangenheit und der Geschichtswissenschaft durch, der sich nun massiv und durchaus in internationalem Kontext der bis dahin an den Rand gedrückten großen Themen der NS-Zeit annahm, des Judenmords vor allem.

Dieser Primat der Vergangenheit aber schien sich paradoxerweise auch nach 1989 zu erhalten. Denn niemand wird ja behaupten, daß es in Deutschland nach der Wiedervereinigung eine große Debatte über die Zukunft unseres Landes gegeben habe, nicht einmal zu einer Grundgesetzänderung hat es gereicht. Vielmehr wurde die Legitimität der erweiterten Bundesrepublik nach bewährtem Muster über die möglichst schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse auf West-Niveau stabilisiert – und durch eine sofort anhebende Debatte über die Geschichte der DDR. Das hat dazu geführt, daß in kürzester Zeit eine veritable Historiographie der DDR-Geschichte entstand, deren Leistungen bei aller Kritik beträchtlich sind. Eine öffentliche Diskussion über die deutsche Vergangenheit hat es nach 1989 also durchaus gegeben, eine Debatte um die Gestaltung der Zukunft des wiedervereinigten Deutschland aber unterblieb. Sie schien in der Gegenwart der triumphierenden Bundesrepublik aufgehoben. Das rächt sich jetzt.

13 Jahre nach der Wiedervereinigung aber ist diese Phase mit ihren Hunderten von Forschungsprojekten, Lehrstuhleinrichtungen, Instituts- und Gedenkstättengründungen offenkundig vorbei. Erste Sammelbände und historiographische Reflexionen historisieren die Historiographie auch zur DDR-Geschichte. Das Bild der DDR als eines Unrechtsstaats spezifischer Prägung, in dem sich deutsche Traditionen des autoritären Obrigkeitsstaates mit den totalitären Kennzeichen der kommunistischen Staaten verbanden, ist etabliert. Die Geschichte der DDR, so scheint es, ist in erstaunlich kurzer Zeit historisiert worden.

Dieser Zustand ist aber offenbar nun auch für die Geschichte des NS-Regimes erreicht worden. Auch hier ist ein gewisser Konsens über die meisten Fragen erreicht worden; scharfe, dramatische Debatten über bestimmte Aspekte der NS-Geschichte erwarte ich nicht mehr, eher über Fragen der Historiographie. Eine Gleichsetzung von NS-Diktatur und DDRDiktatur, wie sie anfangs vielfach gefordert oder erhofft worden war, hat sich nicht durchsetzen lassen. Zu offenkundig sind die Unterschiede zwischen Genozid und Mauertoten. Das Vergleichsverbot, das im Kontext der Nolte-Debatte hier und dort zu hören war, ist indes ebensosehr gescheitert. Vielmehr hat sich der historische Vergleich, auch der Vergleich von Diktaturen, als besonders ertrag- und perspektivenreiche Methode erwiesen.

Die Zeitgeschichte hat sich mittlerweile zu dem in der Öffentlichkeit am stärksten beachteten Zweig der Geisteswissenschaften entwickelt. Zeithistoriker dominieren die öffentlichen Debatten über Gegenwart und Zukunft in Deutschland. Manche dieser Debatten haben sogar weltweite Aufmerksamkeit errungen. Die Zeitgeschichtsforschung ist im gleichen Zeitraum quantitativ erheblich expandiert; mittlerweile gibt es eine Reihe von zeitgeschichtlichen Forschungsinstituten ( das Münchener Institut für Zeitgeschichte, das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung, die Hamburger Forschungsstelle); sowie eine Reihe weiterer mit auch zeitgeschichtlichem Schwerpunkt, etwa das Hanna-Arendt-Institut, das Schleswiger Institut für Regional- und Zeitgeschichte sowie das Münsteraner Institut, dessen Jubiläum wir heute feiern. Hinzuzurechnen sind noch das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam sowie mindestens etwa 25 Gedenkstätten mit eigenem wissenschaftlichem Personal. An deutschen Universitäten gibt es etwa 80 Professuren für Neueste Geschichte bzw. Zeitgeschichte, und die hegemoniale Stellung des Faches und die damit verbundenen Erwartungen drücken sich auch darin aus, daß die Zahl der hochqualifizierten und brillanten, aber ohne Anstellung gebliebenen Privatdozenten in keinem Fach höher zu sein scheint als in unserem.

Dieses Interesse ist, wie ich zu zeigen versuchte, vor allem Ausdruck jenes Übermaßes an politischen Brüchen, Katastrophen und Diktaturen, das die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts auszeichnet. Dies gilt ohne Zweifel für die Jahre 1914 bis 1918, 1933 bis 1945 bzw. 49; für die Geschichte der DDR von 1949 bis 1989. Aber über lange Zeit hinweg und bis heute wurden auch das wilhelminische Kaiserreich und die Weimarer Zeit in erster Linie als post- bzw. präkatastrophale Phasen interpretiert; und die gewaltige Konjunktur der Forschungen über die Vergangenheitsbewältigung in Westdeutschland, welche mittlerweile zu den am besten erforschten Bereichen der Geschichte der Bundesrepublik zählt, bestätigt diesen Eindruck.

Dieses besondere, geradezu extreme Interesse an deutscher Zeitgeschichte ist nachvollziehbar und legitim. Es hat in geringerem Ausmaß seine Entsprechungen in der überproportionalen Aufmerksamkeit, die katastrophale Entwicklungen und traumatisierende Erfahrungen auch in anderen Nationalhistoriographien besitzen: der Erste Weltkrieg in der Britischen Geschichte etwa; die Sklaverei in der US-amerikanischen Geschichte; zu schweigen von der israelischen Historiographie.

Das Bedürfnis nach Vergegenwärtigung und Aufklärung ist hier in besonderem Maße ausgeprägt, und in dem Maße, wie die Zeitgenossen aussterben, übernehmen die Historiker dabei die Funktionen der Erinnerungsträger. Das verleiht ihnen zuweilen eine für Wissenschaftler ungewöhnliche Rolle: Sie treten nämlich nicht allein als Rekonstrukteure und kritische Analytiker des Vergangenen auf; sondern transportieren anstelle der Protagonisten auch etwas vom Mythos, sogar von der Dignität des Vergangenen. Das verführt zur Selbstüberschätzung. Auch in der DDR-Forschung kennen wir diesen Zusammenhang: der Historiker als Anwalt der Opfer, als Bewahrer verschütteter Traditionen gegen den Mainstream der Anpassung und des Vergessens. Sich diesem identitätsheischenden Sog, der aus der öffentlichen Debatte, mitunter aber auch ganz direkt von Politikern ausgeht, zu entziehen, ist nicht einfach für die Historiker, und es wird oft auch nicht belohnt, diesem Verlangen zu widerstehen.

Auf der anderen Seite mag aber auch mancher deutsche Historiker das erhebliche öffentliche Interesse an der Zeitgeschichte mit einer besonderen methodischen Avanciertheit oder intellektuellen Brillanz der deutschen Zeitgeschichtsforschung verwechselt haben. Die gibt es sicher auch, ist aber nicht ihr vornehmstes Kennzeichen. Der hohe Rang der Zeitgeschichte in Deutschland war ihnen Themen geschuldet, nicht ihrer methodischen, analytischen oder darstellerischen Exzellenz. Wir sind, um es kurz zu formulieren, ziemlich gut in Katastrophen. Mit langfristigen historischen Prozessen, mit internationalen Vergleichen, mit moralisch nicht eindeutig fixierbaren Entwicklungen tun wir uns schwerer.

### **3. Zukunft**

Geisteswissenschaften insgesamt unterscheidende Voraussetzung aber, die unabwiesbare Brisanz der Gegenstände, wird in den nächsten Jahren zwar nicht verschwinden, aber doch an Bedeutung verlieren. Das hat zunächst die einfache Voraussetzung, daß sich jedenfalls die westdeutsche und seit 1990 auch die gesamtdeutsche Geschichte entdramatisiert hat. Damit wird aber auch der dramatische Gestus des Historikers obsolet, der eine moralisch hoch sensible Vergangenheit dem Vergessen, der Verfälschung entreißt.

Zum anderen ist mittlerweile über die Geschichte der NS-Zeit ebenso wie über die Geschichte der DDR unter den Zeithistorikern doch recht weitgehende Einigung erzielt worden. Daß das derzeit avancierteste Projekt zur Geschichte der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg vom Institut für Zeitgeschichte und dem Hamburger Institut für Sozialforschung gemeinsam betrieben wird, mag als Symbol für diese Entwicklung genommen werden.

Wo man gelassenen Konsens über die Kernfragen konstatieren kann, wird sich brisante Forschung vermutlich nicht entwickeln. Die Zukunft der deutschen Zeitgeschichtsforschung liegt schon aus diesen Gründen nicht allein und nicht einmal in erster Linie in der Untersuchung der beiden deutschen Diktaturen. Wie immer in unserer Disziplin ist dies aber in erster Linie kein innerwissenschaftlicher Vorgang. Die Anstöße, die Fragen, kommen aus unserer Gegenwart. Sie beziehen sich auf die zunehmende Internationalisierung der Welt und die damit einhergehenden Probleme; auf die in ganz Europa manifest werdende Reformbedürftigkeit der Sozialsysteme wie der Arbeitsgesellschaft insgesamt sowie auf die mit dem Schlagwort der Zivilgesellschaft verbundenen Fragen nach dem Ausbau, der Steuerung, der Optimierung demokratischer Systeme und ihrer Durchsetzung weltweit.

Nimmt man nur diese Punkte, so wird sichtbar, daß die Entstehungsgeschichte der aktuellen Problembündel nicht mehr, wie noch vor 15 oder 20 Jahren, in die Zeit der Jahrhundertwende und der von dort ausgehenden Phänomene der Industriegesellschaft, der totalitären Diktaturen und des Niedergangs der imperialistischen Systeme führt. Die Reform der Sozialsysteme ist vielmehr eine Reaktion auf ihre Überdehnung in den 60er bis 80er Jahren, in beiden deutschen Staaten wie anderswo in Europa. Die internationalen Krisen rühren nicht mehr aus dem Kalten Krieg zwischen Demokratien und totalitären Diktaturen her, sondern aus der Krise der ihr nachfolgenden internationalen Strukturen. Nicht die Folgen der Konstituierung von Nationalstaaten und des Nationalismus stehen im Vordergrund der Aufmerksamkeit, sondern der Aufbau supranationaler Strukturen – von der EU über die UNO und den Internationalen Gerichtshof bis zu außerstaatlichen Organisationen wie internationalen Ärzteverbänden.

Nicht mehr die Hochmoderne, sondern die Postmoderne oder die Zweite Moderne wird vornehmlicher Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung sein. Diese steht also vor manifesten Herausforderungen; und es zeigt sich, daß sie jedenfalls in Deutschland darauf vielfach nur unzureichend vorbereitet ist.

Schon ein kurzer Blick auf neuere Veröffentlichungen und das methodische Repertoire der Forschungsanträge macht sichtbar, daß die methodischen und konzeptionellen Standards der Zeitgeschichte hinter denjenigen anderer Felder zurückstehen: Zum einen ist die deutsche

Zeitgeschichte naheliegenderweise zu nationalgeschichtlich orientiert. Der in jüngster Zeit verstärkt unternommene Versuch europäischer oder weltweiter Vergleiche ist eine Reaktion auf diese Defizite, aber er offenbart auch, wie wenig praktische methodische Erfahrungen hierzu vorliegen. Und übrigens bedarf es dazu vorab einer ausgezeichneten Kenntnis der nichtdeutschen Nationalgeschichten Europas, kein geringes Manko. Hier beginnen sich deutliche Trends und Veränderungen abzuzeichnen: an vielen Universitäten ist das Studium der Neuesten Geschichte deutlich internationalisiert worden. Bereits die nächste Generation der Absolventen und Doktoranden wird in einem viel stärkerem Maße nichtdeutsche Geschichte studiert haben und Dissertationen zu Themen außerdeutscher und transnationaler Phänomene bearbeiten. Aber nach wie vor gibt es, insbesondere im Vergleich zu den kleineren west- und nordeuropäischen Ländern sowie zu den USA, auf deutscher Seite starken Nachholbedarf.

Zweitens ist die deutsche Zeitgeschichtsforschung zu sehr fixiert auf negative Entwicklungen, auf diktatorische und totalitäre Strukturen. Schon eine Geschichte der Bundesrepublik kann man aus dieser Tradition heraus nicht schreiben, noch weniger eine Geschichte Europas nach 1945. Die Ermangelung eines negativ konnotierten Fixpunkts geht zudem mit einem Mangel an moralisch eindeutigen Zuschreibungsmöglichkeiten einher, was den gewohnten Spannungsbogen, die brisante Fragestellung, den anklägerischen Duktus, kurz unser bewährtes methodisches Reservoir, eliminiert.

Drittens ist die deutsche Zeitgeschichtsschreibung zu sehr auf kurze Zeiträume konzentriert. Lange Bögen aus dem 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, die diachrone Entwicklungen, mithin Veränderungen, konstante Faktoren, unterschiedliche Phasen erst sichtbar machen, werden nur selten gezogen, erfordern auch viel Arbeit, beim Schreiben wie beim Lesen. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung wird also in verstärktem Maße Impulse, wie sie etwa von der Kulturgeschichte, der vergleichenden Historiographie, Konzepten von Transnationalität und diachronen Untersuchungen ausgehen, aufnehmen müssen.

Sie hat zudem viertens den Kontakt zur Wirtschaftsgeschichte abreißen lassen, obwohl wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Prozesse im Zentrum aller gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit stehen. Wenn man bedenkt, welche herausragende Bedeutung Themen wie Konjunkturpolitik, Arbeitslosigkeit, Steuer- und Sozialgesetzgebung, Tarifverträge, Währungsfragen u.ä. seit Jahrzehnten in der politischen Diskussion und in den täglichen Nachrichten besitzen, wird man die Differenz zu dem vorrangig von den Zeithistorikern behandelten Themen unschwer erkennen. Die Abtrennung

der Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der allgemeinen Geschichte und der Zeitgeschichte im besonderen hat sich als Fehler erwiesen und muß revidiert werden.

Diese Defizite stehen in Verbindung mit einem unübersehbaren Mangel an integrierenden Fragestellungen, um die sich immer weiter differenzierende Spezialforschung aufeinander beziehbar zu machen und um diachrone und vergleichende Perspektiven zu öffnen. Die Fragen, wie es zur Machtergreifung, zum Holocaust, zur Ingangsetzung des Zweiten Weltkrieges, zur Errichtung der DDR, zu ihrem Untergang kam, stellten sich gewissermaßen von alleine. Nun aber bedarf es größerer Anstrengungen, um übergreifende Tendenzen auszumachen, von denen aus die weiterführenden Fragen an die Zeitgeschichte generiert werden können. Dabei hilft wie immer die schlichte Frage nach der Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart. Die aber will erst historisiert sein, um für die Erforschung der Vergangenheit fruchtbar zu werden. Ansätze wie die Theorie der Zivilgesellschaft, die vergleichende Analyse der Hochmoderne in Europa sowie die moderne Kalte-Kriegs-Forschung, um nur drei Beispiele zu nennen, führen hier weiter.

Das bezeichnet das fünfte Defizit, das ich nennen wollte: die Theorieferne der Zeithistoriker. Wer sich, um nur wenige Beispiele zu geben, nicht mit Luhmann und Bourdieu, Foucault oder Ulrich Beck beschäftigen möchte, der sollte tunlichst die Finger von den Ereignissen und Entwicklungen der vergangenen 30 oder 40 Jahre lassen; nicht nur weil solche Theorien die jüngste Vergangenheit beeinflusst haben, sondern weil sie auch die Instrumente zu ihrem Verständnis bereitstellen. Schließlich haben unsere Nachbardisziplinen in den Zeiten des zeitgeschichtlichen Goldrauschs nicht geschlafen; und wer sich, sagen wir, mit der Geschichte der 60er und 70er Jahre in Deutschland und Europa beschäftigt, sieht sich einer unübersehbaren Fülle an politologischen und soziologischen Arbeiten gegenüber, welche die Formung und Entwicklung des untersuchten Gegenstandes ebenso sehr bestimmt haben, wie sie Wahrnehmung und Interpretation beeinflusst haben. Ein gleiches gilt für die Medien - wollen wir ernsthaft die 70er Jahre ohne das Fernsehen analysieren? Wie aber macht man das? Hier gibt es erste gute Vorbilder in der Geschichtsschreibung über den Vietnamkrieg, aus denen sich die Notwendigkeit einer eigenen Methodik der historischen Medienanalyse ablesen läßt.

Im methodischen Bereich stehen diese Defizite auch in Verbindung mit den schulbezogenen Engführungen, wie wir sie in den 70er Jahren mit der historischen Sozialwissenschaft oder in den 90er Jahren mit den kulturalistischen Ansätzen kennengelernt haben. Theoretische und methodische Konzepte erweisen ihre Brauchbarkeit als Instrumente in Forschungspraxis,

nicht in ihrem Binnenbezug. Auch in der Zeitgeschichte wird sich der Primat der Fragestellung durchsetzen, der die Auswahl der Methoden dominiert – nicht anders herum.

Wer jedoch alles, was er für seine Geschichte braucht, weiterhin in den Handakten des Staatssekretärs findet, wird seiner Leserschaft nicht mehr viel historische Orientierung bieten können. Das Politische findet sich nur noch zu einem – offenbar abnehmendem Teil – im Regierungshandeln. Wer die großen Themen der Gegenwart – fehlendes Wirtschaftswachstum, Globalisierungsprozesse, Krise der Sozialpolitik, Wandel der internationalen Krisenszenarien, um nur einige zu erwähnen – in der historischen Entwicklung untersuchen möchte, wird hierzu die Akten des Kanzleramtes nur noch als eine unter sehr vielen Informationsquellen benutzen. Ganz abgesehen davon, in welchem Zustand er diese im Zeitalter der Löschtaste auffinden wird - ich bin gespannt, welche Bedeutung die Akten noch bei der Erforschung der Kohl-Ära spielen werden.

Aus alledem ergibt sich eine Reihe von Schlußfolgerungen für die zukünftige Zeitgeschichtsforschung, die man knapp zusammenfassen kann: Ihre Fragestellungen werden sich verändern und eher auf die Mühen der Ebenen als die katastrophischen Höhepunkte beziehen. Sie wird sich methodisch erneuern und disziplinar erweitern müssen. Vor allem aber ist die deutsche Zeitgeschichte zu deutsch. Sie bedarf konzeptionell wie personell dringend einer stärkeren Internationalisierung. Das bezieht sich auf die Themen der Forscherinnen und Forscher, auf ihre Kooperationspartner, auf die bezugsgebenden Communities, auf die Publikationssprachen.

Die Alte Geschichte ohnehin, auch die Frühe Neuzeit-Forschung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark internationalisiert. Die Soziologie, der ja im Stillen eine bemerkenswerte Renaissance gelungen ist, hat den Anschluß an die internationalen Standards längst geschafft, was auch zu einem starken Publikationsanteil in englischer Sprache geführt hat. Ein Gleiches gilt für die Politologen, die Anthropologen, die Archäologen. Die deutsche Zeitgeschichte aber steht, nach der Wiedervereinigung noch mehr als zuvor in Westdeutschland, nach wie vor in der Tradition der deutschen Nationalgeschichtsschreibung und hat hier einen unübersehbaren Nachholbedarf. Sie besitzt aber gute Voraussetzungen, um sich ohne Substanzverluste zu internationalisieren: durch die vermehrte Heranziehung ausländischer Wissenschaftler; durch entsprechende Kooperationsabkommen, durch verstärkte Publikation in englischer Sprache; vor allem aber durch die Internationalisierung der Gegenstände.

Am Ende meiner Überlegungen steht eine Frage, die man angesichts des steten Kürzungsdrucks von Seiten der Finanzminister schon aus taktischen Gründen besser nicht laut

stellt – sie ist aber unumgänglich, weil sie das Selbstverständnis des Faches berührt: die Frage nämlich, ob sich die deutsche Zeitgeschichtsforschung in den vergangenen Jahren aus den genannten Gründen nicht übermäßig ausgedehnt hat. Wer das Übermaß an zeitgeschichtlichen Publikationen, Büchern, Zeitschriften, Besprechungen, Sammelbänden, zu schweigen von den populärwissenschaftlichen Hervorbringungen täglich auf den Tisch oder den Schirm bekommt, den wird diese Frage häufiger umtreiben: Wer soll das alles lesen? Und warum? Die doppelte Schere von karrierebedingtem Publikationszwang einerseits und Kürzungsdruck der Finanzminister andererseits führt zu dem absonderlichen Umstand, daß man immer mehr fordert und sich doch immer weniger, aber dafür Besseres, wünscht. In Zukunft müssen qualitative Aspekte gegenüber quantitativer Ausdehnung stärkere Aufmerksamkeit gewinnen. Das zöge Auswirkungen sowohl auf die Personalpolitik wie auf die Publikationspraxis nach sich. Der obligatorische Sammelband nach jeder noch so armseligen Konferenz ist ein Ärgernis; der Buch-Publikationszwang der Promotionen in Zeiten des Internet ebenso, und daß mittlerweile bis zu drei Viertel der Examensarbeiten in der Neuesten und Zeitgeschichte verfaßt werden, ist ein Irrweg, der zur Verflachung und Desintegration unseres Gesamtfaches führt.

Geschichte, auch Zeitgeschichte, ist trotz der Sonderentwicklung seit den 80er Jahren, kein Massenfach. Es stellt erhebliche Anforderungen an die Belesenheit, die analytischen Fähigkeiten und den Fleiß derer, die sich damit beschäftigen – und diese Anforderungen werden in nächster Zeit durch die Internationalisierung noch steigen. Die Zeitgeschichte wird eine herausragende Bedeutung im Konzert der Wissenschaften wie in der Öffentlichkeit nur dann gewinnen bzw. erhalten, wenn sie sich nicht weiter in der Fläche ausdehnt, sondern, um im Bild zu bleiben, in der Höhe.

Das Westfälische Institut für Regionalgeschichte hat in den vergangenen Jahren dazu Erhebliches beigetragen. Durch seine Projekte, Tagungen, Monographien, Periodika und Sammelbände, etwa den eben erschienenen herausragenden Band über die 1960er Jahre, hat das Institut qualitative Maßstäbe gesetzt, die nun auch für die anderen Forscher die Meßlatte bilden. Man kann dafür die Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Institutsleitung sowie diejenigen, die die Existenz eines wissenschaftlich so weit ausstrahlenden Regionalinstituts ermöglichen und fördern, heute nur beglückwünschen und ihnen für die Arbeit der kommenden Jahre weiterhin so viel Ideenreichtum, Erfolg und Unabhängigkeit wünschen, wie sie das Institut in den vergangenen Jahren ausgezeichnet haben.